Nur für die Glieder der evangelisch-
reformierten Gemeinde Elberfeld.

W.-Elberfeld, im februar 1937.

An die Glieder unserer Evangelisch-Reformierten Gemeinde!

Als Antwort auf den „Gemeindebrief“ des „Gemeindekirchenausschusses“ haben wir den Gemeindegliedern, soweit wir sie mangels Verfügung über die Kartothek erreichen konnten, eine von unseren Pastoren D. Hesse, Lic. Klugkist Hesse und Lesser unterzeichnete Erklärung zugehen lassen.

Es erscheint dem Presbyterium aber nötig, die Sachlage noch etwas eingehender im Zusammenhang darzustellen, um dadurch den Gemeindegliedern eine noch bessere Beurteilung der überaus betrübenden Vorgänge in der Gemeinde zu ermöglichen.

Die Gemeindeglieder werden, da wir um der Sache willen nicht ganz kurz sein können, gebeten, sich die Mühe nicht verdrießen zu lassen und die nachstehenden Darlegungen aufmerksam zu lesen. Die Bekennende Gemeinde, die die rechtmäßige evangelisch-reformierte Gemeinde in Elberfeld darstellt, ist ihren Weg in der Stille gegangen. Sie hätte auch jetzt keinen Anlaß genommen, sich mit einer gedruckten Darlegung an die Gemeindeglieder zu wenden, wenn nicht der vom Gemeindekirchenausschuß verbreitete „Gemeindebrief“ dies zur unabweisbaren Notwendigkeit machte.

Zunächst gibt das Presbyterium diesen beklagenswerten „Gemeindebrief“, damit er beim Lesen der nachstehenden Ausführungen verglichen werden kann, nochmals bekannt. Er lautet wie folgt:

Seit November 1934 besteht in unserer Gemeinde unverändert das Ärgernis, daß drei der ordnungsmäßig berufenen Pastoren unserer Gemeinde den Dienst auf den Kanzeln unserer Predigtstätten verweigern. Wir sind mit den Gemeindegliedern der Überzeugung, daß darin die eigentliche Quelle alles Übels in unserer Gemeinde zu suchen ist. Entsprechend unserer Erklärung vom 23. Mai 1936 (veröffentlicht im Evangelisch-reformierten Wochenblatt Nr. 23 vom 7. Juli 1936) haben wir nichts unversucht gelassen, diesem Ärgernis ein Ende zu bereiten. Vielmehr haben wir mehr als einmal die ernste Aufforderung zur Rückkehr in die Gotteshäuser und zur Aufnahme der Predigtgemeinschaft mit den anderen Pastoren der Gemeinde ergehen lassen, so zum Beispiel mit Schreiben vom 22. Mai 1936 an die Pastoren D. Hesse, Klugkist Hesse und Lesser. Es ist also nichts an dem Verede, daß diese Pastoren durch uns vom Kanzeldienst ferngehalten würden.

Unsere wiederholten Bemühungen bei der vorgelegten kirchlichen Behörde, uns bei der Befriedung der Gemeinde behilflich zu sein, führten zuletzt dahin, daß unter dem Vorsitz des Superintendenten Dr. Schmidt, des Vorsitzenden des Rheinischen Provinzialkirchenausschusses, eine Besprechung sämtlicher Gemeindepastoren in Aussicht genommen wurde. Diese Besprechung hat am 4. Januar 1937 stattgefunden, aber leider nicht zu dem gewünschten Ergebnis einer vorbehaltlosen Kanzelgemeinschaft geführt. Von Anfang an stand das Gespräch in der Gefahr, vorzeitig abgebrochen zu werden. Es zeigte sich schon zu Beginn die gänzlich verschiedene Auffassung der beiden Gruppen der Gesprächsteilnehmer über die Rechtmäßigkeit und Zuständigkeit der bestehenden Kirchenleitung. Es wurde den Pastoren, die bis dahin ihren Kanzeldienst in den Kirchen versehen haben, schier zur Unmöglichkeit gemacht, an dem Gespräch weiter teilzunehmen, als von der anderen Seite klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß sie allein die rechtmäßige Kirche und Gemeinde Jesu Christi

seien und sie dementsprechend die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der bestehenden kirchlichen Behörde, wie Kirchausschüsse und Konsistorium, verweigern müßten. Geradezu unerträglich aber wurde es unseren Pastoren, weiter auszuhalten, als man sogar deren Rechtmäßigkeit als Prediger der reformierten Gemeinde Elberfeld nicht nur anzweifelte, sondern bestritt. Die Pastoren Jung, Windfuhr, Weinsheimer, Bergfried und Sinning seien zwar rechtmäßig berufen, hätten aber im entscheidenden Augenblick „versagt“, als es galt, den Kampf „für die Erlösung durch Christus wider die Selbsterlösung des Menschen“ aufzunehmen. Das heißt also: unsere Pastoren hätten ihren Hirten- und Wächterdienst nicht pflichtgemäß erfüllt. Man könne in ihnen nur „irrende Brüder“ sehen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie sich von ihrem Irrtum bekehrten und sich in den Schoß der alleinseligmachenden bekennenden Kirche begäben. Auf die Frage, warum man denn die Bezirke der doch ordnungsmäßigen Gemeindepastoren unter sogenannte Bekenntnishilfsprediger aufgeteilt habe, wurde der Bescheid gegeben, „die Gemeinde Jesu mußte zum Selbstschutz schreiten!“ Das heißt also: unsere evangelisch-reformierte Gemeinde Elberfeld sei nach Ansicht der drei sogenannten bekennenden Pastoren wegen des angeblichen Versagens unserer Pastoren schutzlos den Mächten der Irrlehre preisgegeben: eine Beleidigung, wie sie der Amtschre dieser Pastoren schlimmer nicht zugefügt werden kann! Als Leitung der Gemeinde könne nur anerkannt werden das sogenannte Bekenntnispresbyterium, das sich aus Männern zusammensetze, die nicht wie die anderen ihr Presbytergelübde gebrochen, sondern mit ihren Pastoren „mitgekämpft und mitgelitten“ hätten. In Wahrheit sah der Kreissynodalvorstand sich pflichtgemäß genötigt, nach Maßgabe der Kirchenordnung den Mitgliedern des Bekenntnispresbyteriums, die früher ein Presbyteramt in der Gemeinde hatten, den Bruch des Amtsgelübdes vorzuwerfen und sie damit ihres Amtes für verlustig zu erklären. Denn diese Presbyter sind dem angelobten Kirchendienst untreu geworden und haben sogar zum Teil statt mit ihren Pastoren gegen ihre Pastoren gearbeitet und haben so an ihrem Teil zur Zersplitterung der Bezirksarbeit beigetragen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde die so dringend erwünschte Rückkehr der Pastoren D. Hesse, Klugkist Hesse und Lesser zur Predigtgemeinschaft mit unseren Pastoren erörtert. Auch in diesem Punkt trat es sofort klar zutage, daß die andere Seite nicht gewillt war, ihre bisherige schroff ablehnende Haltung in dieser Beziehung aufzugeben. Diese ihre Haltung wird gekennzeichnet durch das Wort an die Mitglieder der Bekenntnisgemeinde vom 15. Dezember 1935: „Wir sind in Reformiert-Elberfeld durch Gottes Gnade klar geschieden von denen, die neben dem Herrn Christus auf fremde Stimmen hören, indem sie einem Kirchenregiment gehorsam sind, das gegen Schrift und Bekenntnis steht. Diese Scheidung kann und darf um Jesu Christi und um der Wahrheit seines Wortes willen in keiner Weise wieder verwischt werden.“ Genau entsprechend erklärten die drei Pastoren, nur einer solchen Lösung der Kanzelfrage zustimmen zu können, die die klare und deutliche Geschiedenheit der Bekenntnisgemeinde von der übrigen Gemeinde zum Ausdruck bringe, das heißt, es solle ein Gegenüber und ein Nebeneinander von Gottesdiensten stattfinden, aber kein Miteinander. Nur auf diese Weise einer deutlichen Abgrenzung gegeneinander hoffe man im Lauf der Zeit zu einem Miteinander zu kommen. Als unaufgebbar wurde in diesem Zusammenhang die Forderung wiederholt, daß die Bekenntnisgemeinde sich nur unter ihren Pastoren mit ihren Presbytern in besonderen Gottesdiensten versammeln müsse und daß dort nur die Anordnungen der bekennenden Kirche (wie Abkündigungen, Kollekten usw.) maßgebend seien. Am liebsten wäre es ihnen, wenn ihnen eine oder mehrere Kirchen für ihre Zwecke zur alleinigen Verfügung gestellt würden. Diese Forderung konnten unsere Pastoren unter keinen Umständen annehmen, denn das hätte zur völligen und endgültigen Zerreißung der Gemeinde geführt und den Kampf, der sich bisher außerhalb der Kirchengebäude abspielte, fortan in die Gottesdienststätten hineingetragen. Außerdem hätten wir dadurch öffentlich anerkannt, daß in den Gottesdiensten der sog. Bekenntnisgemeinde das Evangelium bekenntnisgemäß verkündigt werde, während es in unseren Gottesdiensten offenbar daran mangle, und daß nur in der Bekenntnisgemeinde Gemeinde Jesu vorhanden

sei, während in Wahrheit nach reformatorischer Lehre Kirche Jesu Christi überall da ist, wo das Wort Gottes lauter und rein verkündigt wird und die Sakramente nach der Einsetzung des Herrn verwaltet werden.

Im engsten Zusammenhang damit stand die Besprechung der Aussprache über die Forderung der anderen Pastoren, daß ihnen die Kirchen für ihre Konfirmationen zur Verfügung stehen müßten. Diese Forderung stellten sie, wie sie sagten, nicht um ihretwillen, es ginge ihnen nur um diejenigen Konfirmandeneltern, die nicht zur Bekenntnisgemeinde gehörten. Auf die mangelnde Folgerichtigkeit ihrer Forderung aufmerksam gemacht, weil sie doch auch sonst den Predigtamt in den Kirchen ablehnten, erklärte man, daß es sich bei den Konfirmationen nicht um eine Predigt handele. (Für uns ist nach wie vor eine Konfirmation ohne Wortverkündigung eine Unmöglichkeit!!) Wenn auch in den Jahren 1935 und 1936 die Kirchen von der damaligen Gemeindeleitung für die Konfirmationen ihnen zur Verfügung gestellt worden sind, so haben sich doch die Verhältnisse inzwischen derartig geändert, daß es verantwortungslos wäre, den bisherigen Zustand beizubehalten.

Um durch Herbeiführung klarer Entscheidung der endgültigen Aufspaltung unserer Gemeinde zu wehren, hat die jetzige Leitung der Gemeinde in Wahrung des Erbes der Väter nach Kenntnisnahme von dem oben geschilderten Gespräch in der Sitzung vom 8. Januar 1937 nach eingehender Beratung einstimmig folgendes beschlossen:

„Der Gemeindegemeinschaft stellt mit großem Bedauern fest, daß die Pastoren D. Hesse, Klugkist Hesse und Lesser sich auch weiterhin weigern, die Voraussetzung zur Überfassung der Kirchen zur Konfirmation zu erfüllen, die darin besteht, daß sie zuvor vorbehaltlos in die volle Predigtgemeinschaft in der Gesamtgemeinde mit den anderen Pastoren im Rahmen der geltenden Ordnung der Gemeinde zurückkehren. Der Gemeindegemeinschaft sieht sich daher außerstande, die Kirchen lediglich nur für die Konfirmation freizugeben. Er muß es auch ablehnen, die nicht in den Gottesdienststätten unserer Gemeinde erfolgten Konfirmationen in die Kirchenbücher unserer Gemeinde einzutragen, da die Konfirmationen der Pastoren D. Hesse, Klugkist Hesse und Lesser nur im Rahmen der Bekenntnisgemeinde gehalten und ausgerichtet werden.“

Der Gemeindegemeinschaft richtet an alle Glieder der Gemeinde, insbesondere aber an die Eltern der Konfirmanden der Pastoren D. Hesse, Klugkist Hesse und Lesser die herzlichste und dringende Bitte, ihn in seinem Bemühen zu unterstützen, endlich klare, auf rechtlicher Grundlage aufgebaute Verhältnisse in unserer Gemeinde zu schaffen. Wir haben volles Verständnis für die Schwierigkeit der Lage, in die besonders die Konfirmandeneltern bei dieser Sachlage kommen. Wir können ihnen aber um der Gemeinde willen die Entscheidung leider nicht ersparen, ob sie ihre Kinder nunmehr von ihren, der geltenden Ordnung widerstrebenden Pastoren außerhalb der Kirchen in den Sälen der sog. Bekenntnisgemeinde oder von unseren, sich zur Ordnung bekennenden Pastoren in den Kirchen konfirmieren lassen wollen. In dieser Hinsicht stehen unsere Pastoren und das Gemeindeamt den Eltern beratend zur Verfügung.

Wuppertal-Eisberfeld, den 9. Januar 1937.

Der Gemeindegemeinschaft.

Dieser „Gemeindegemeinschaftsbrief“ enthält eine derartig irreführende Darstellung der Lage in unserer Gemeinde und derartige Vorwürfe gegenüber bekenntnistreuen Mitgliedern des Presbyteriums (Pastoren und Ältesten), daß wir um der Wahrheit willen nicht schweigen dürfen. Dabei sind wir freilich außerstande, obwohl dies eigentlich nötig wäre, eine vollständige Darlegung der Vorgänge in unserer Gemeinde seit den Wahlen 1933 zu geben. Wir müssen vieles als bekannt voraussetzen und glauben, dies auch bei allen denen, die sich wirklich um das Geschick unserer Gemeinde kümmern haben, tun zu dürfen.

Jedermann weiß, daß, wie in unzähligen evangelischen Gemeinden Deutschlands,

das Eindringen der „Deutschen Christen“ auch bei uns schwere Störungen in der Ordnung und im Leben der Gemeinde hervorgerufen hat und daß dies in Verbindung mit dem Geschehen in der Gesamtkirche zur Folge gehabt hat, daß die reformierte Bekenntnisgemeinde sich veranlaßt sah, an sechs Predigtstätten außerhalb der Kirchen das Wort Gottes verkündigen zu lassen. Dabei ist aber der Anspruch auf die Wortverkündigung in den uns allen teuren Kirchen der Gemeinde immer wieder erhoben worden. In den Jahren 1935 und 1936 ist es möglich gewesen, wenigstens die Prüfung und Konfirmation der von unseren Pastoren unterrichteten Kinder der Gemeinde in den Kirchen vorzunehmen. Infolgedessen wurden auch für das Jahr 1937 die Kirchen für diese Konfirmationen in Aussicht genommen und die Termine bekanntgegeben. Darauf erhielten die Pastoren D. Hesse, Lic. Klugkist Hesse und Lesser vom Gemeindeamt folgendes Schreiben:

Evang.-reformierte Gemeinde
Elberfeld.

Wuppertal-Elberfeld, den 21. Dezember 1936.

Der Vorsitzende des Provinzialkirchenausschusses, Herr Superintendent Dr. Schmidt, läßt durch das Gemeindeamt bei Ihnen anfragen, ob Sie bereit seien, an einem noch näher zu bestimmenden Tage zwischen Weihnachten und Neujahr an einer unter seiner Leitung stattfindenden Besprechung aller Pastoren unserer Gemeinde über die Wiederherstellung der Kanzelgemeinschaft teilzunehmen. Veranlassung dazu gibt Ihr Wunsch, die Konfirmationen in die Kirchen, in welchen Sie sonst nicht predigen, zu verlegen, was ohne Rückkehr zur alten Gottesdienstordnung nicht möglich ist. Antwort bis zum 24. Dezember d. J. an das Gemeindeamt erbeten.

Das Gemeinde-Amt:
gez. W i l m s.

An
die Herren Pastoren D. Hesse, Lic. Klugkist Hesse, Lesser,
Wuppertal-Elberfeld.

Die darauf gegebene Antwort lautete wie folgt:

W.-Elberfeld, den 23. Dezember 1936.

An das

Gemeindeamt der Evangelisch-Reformierten Gemeinde Elberfeld,
z. H. von Herrn Rendant W i l m s, W.-E l b e r f e l d.

An der für die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr in Aussicht genommenen Besprechung der Pastoren mit Herrn Superintendenten Dr. Schmidt, Oberhausen, sind wir unter grundsätzlicher Wahrung unseres Standpunktes um der Gemeinde willen bereit teilzunehmen.

gez. Pastor D. Hesse.
Pastor lic. H. Klugkist Hesse.
Pastor Lesser.

Zur völligen Klarstellung wurde von Pastor Lic. Klugkist Hesse als derzeitigem Präses des Presbyteriums an Herrn Superintendent Dr. Schmidt in Oberhausen noch ein weiteres Schreiben vom 28. Dezember 1936 gerichtet, das die obigen beiden Briefe mitteilte und zum Schreiben vom 23. Dezember 1936 erklärte:

Als Präses des Presbyteriums erläutere ich dies Antwortschreiben in folgendem Sinne: Wir haben das sachliche Anliegen, daß die von uns unterrichteten Kinder in den Kirchen konfirmiert werden. Wir vertreten damit auch das Anliegen der Eltern, die ein Recht darauf haben, daß ihre Kinder in den Kirchen konfirmiert werden. Dies soll der Gegenstand unserer Besprechung sein.

Die Besprechung hat dann am 4. Januar stattgefunden. Dabei haben die Pastoren D. Hesse, Lic. Klugkist Hesse und Lesser vor Eintritt in die eigentliche Sachbesprechung folgende Erklärung abgegeben:

I.

Die Einladung ist ausgegangen von Herrn Superintendenten Dr. Schmidt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Provinzialkirchenausschusses, und in dieser Eigenschaft will er die Sitzung leiten. Der Gegenstand der Verhandlung befaßt sich aber mit einer Frage, die zum Gebiet der Kirchenleitung gehört. Es ist bekannt, daß wir aus Gründen des Bekenntnisses den Provinzialkirchenausschuß nicht als Kirchenleitung anzuerkennen vermögen. Infolgedessen sind wir genötigt, dies auch bei Beginn unserer Besprechung ausdrücklich zu erklären. Wir wollen uns aber die Leitung durch Herrn Superintendenten Dr. Schmidt gefallen lassen, wenn er sich damit begnügen will, in seiner Eigenschaft als reformierter Prediger tätig zu sein.

II.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß, weil es sich hier im engsten Sinne um eine innergemeindliche Angelegenheit handelt, es an sich Sache der Gemeindeorgane wäre, über die Sache zu sprechen, das heißt also, soweit Pastoren in Frage kommen, das Pastorenkollegium, und zwar unter Vorsitz seines Seniors, so wie es bisher immer in der Gemeinde gehandhabt worden ist. Wenn wir nun auch, wie gesagt, hiervon absehen und uns die Anwesenheit eines nicht zum Pastorenkollegium gehörenden reformierten Predigers gefallen lassen wollen, so müssen wir um so nachdrücklicher betonen, daß es sich zunächst um unsere Forderung handelt, daß uns wie in den beiden vergangenen Jahren die Kirchen für die Abhaltung der Konfirmationen zur Verfügung stehen müssen. Ist dieser Punkt erledigt, so sind wir bereit, in eine Aussprache über den Predigtturnus einzutreten. Wir lehnen es aber aus Gründen des Bekenntnisses ab, daß die Bereitwilligkeit zur Einräumung der Kirchen für die Zwecke der Konfirmation von irgendwelchen Bedingungen abhängig gemacht wird.

Im Laufe der etwa fünfständigen Besprechung sind außer dem von uns gestellten Verlangen nach Einräumung der Kirchen für die Konfirmationen eine Reihe weiterer Fragen besprochen worden, bei denen, wie dies nicht anders sein konnte, der sachliche Gegensatz zwischen den Pastoren D. Hesse, Klugkist Hesse und Lesser einerseits und den übrigen Pastoren andererseits sich klar herausstellte. Die Besprechung schloß aber mit der Erklärung von Seiten der Pastoren D. Hesse, Klugkist Hesse und Lesser, daß sie bereit seien, mit den anderen Pastoren weiter zu sprechen, nachdem Superintendent Dr. Schmidt den anderen Pastoren und damit dem Gemeindegemeinschaftsausschuß den Rat gegeben hatte, die Konfirmationen in den Kirchen nicht zu verwehren.

Statt nun auf diese Möglichkeit einzugehen und den Versuch zu machen, die vorhandenen sachlichen Gegensätze vielleicht in brüderlicher Aussprache zu überwinden und einer Konfirmation in den Kirchen keine Schwierigkeiten zu bereiten, wird jetzt der am Eingang wiedergegebene „Gemeindebrief“ verbreitet, der eine offene Kampf-ansage bedeutet und damit eine Darstellung der Lage verbindet, die wir einerseits schmerzlich bedauern, andererseits aber um der Wahrheit willen mit allem Nachdruck zurückweisen müssen. Dabei bedauern wir es besonders, daß man es für richtig gehalten hat, eine Besprechung unter den Pastoren, die einen vertraulichen Charakter hatte und haben mußte, zum Gegenstand einer öffentlichen Mitteilung innerhalb der gesamten Gemeinde zu machen, ohne daß den Pastoren D. Hesse, Lic. Klugkist Hesse und Lesser vorher Gelegenheit gegeben wurde, sich zu der in Aussicht genommenen Fassung zu äußern und dadurch eine derart schiefe Berichterstattung zu verhindern, wie wir sie jetzt mit tiefem Schmerz feststellen müssen.

Wir gehen nun auf das Schriftstück im einzelnen ein: Es ist unterzeichnet von

dem „Gemeindekirchenausschuß“ und richtet sich an die Glieder unserer evangelisch-reformierten Gemeinde Elberfeld. Dazu stellen wir fest:

Der Gemeindekirchenausschuß hat nicht das Recht, von seiner oder unserer evangelisch-reformierten Gemeinde zu sprechen. Er steht zu ihr in keinem Verhältnis, das ihm das Recht gäbe, in dieser Weise eine Verbindung zum Ausdruck zu bringen. Der Gemeindekirchenausschuß besteht außer Pastor Bergfried aus einigen wenigen Gemeindegliedern. Sie haben dieses Amt aber nicht von der Gemeinde, sondern von einer gemeindefremden, ausschließlich staatlich ermächtigten Stelle, nämlich dem staatlichen Provinzialkirchenausschuß, erhalten. Sie haben diese Berufung angenommen, obwohl wir sie vorher mit Ernst darauf aufmerksam gemacht haben, daß eine nach Gottes Wort reformierte Gemeinde nach ihrem Bekenntnis keine Leitung haben könne, die durch eine gemeindefremde, in diesem Falle staatliche Stelle bestellt sei, weil dies dem reformierten Bekenntnis widerspreche.

So stehen wir also vor der schmerzlichen Tatsache, daß Glieder unserer evangelisch-reformierten Gemeinde ohne Berufung durch die Gemeinde selbst, lediglich auf Grund staatlicher Ermächtigung, entgegen dem Bekenntnis der Gemeinde, glauben, Gemeindeleitung beanspruchen zu können. Wie wir es stets getan haben, können wir auch jetzt nur erklären, daß das Bekenntnis unserer Gemeinde es uns verwehrt, einen solchen Ausschuß als Gemeindeleitung anzuerkennen. Damit stehen wir nicht etwa allein, sondern wissen uns verbunden mit vielen evangelischen Gemeinden in Deutschland, die alle um des evangelischen Bekenntnisses willen sich außerstande sehen, staatlich eingesetzte Kirchenausschüsse (seien es solche für die Gesamtkirche, für Kirchenprovinzen, Kreissynoden oder Gemeinden) als Kirchenleitung anzuerkennen. Vielmehr kann die Kirche nur eine von ihr selbst gesetzte Leitung haben, und sie hat diese, nachdem durch die Gewaltpolitik des Reichsbischofs und der in seiner Gefolgschaft stehenden Deutschen Christen eine noch nie dagewesene Zerstörung des Rechts in unserer Kirche stattgefunden hat, erhalten in den Bekenntnissynoden und den von diesen anerkannten Bruderräten. Das sind Dinge, die nachgerade jeder, der sich um das Schicksal der Kirche gekümmert hat, wissen sollte.

Was insbesondere die Leitung einer nach Gottes Wort reformierten Gemeinde betrifft, so kann diese nach dem reformierten Bekenntnis nur bei dem von der Gemeinde selbst bestellten Presbyterium liegen, dem die Pastoren als Mitälteste angehören. Seit der Gründung unserer Gemeinde im 16. Jahrhundert ist es nie anders gewesen, als daß die Gemeinde von einem durch sie selbst gewählten Presbyterium geleitet wurde, und wir wissen uns deshalb auch mit den Vätern der Gemeinde im Einverständnis, wenn wir eine von fremder Stelle eingesetzte Leitung der Gemeinde, wie sie ihr nunmehr zum erstenmal in ihrer bald vierhundertjährigen Geschichte aufgezwungen werden soll, ablehnen müssen. Die Gemeinde hat auch nach wie vor ihr Presbyterium. Ohne ein solches kann sie nach der Ordnung der reformierten Kirche überhaupt nicht bestehen. Aber hier haben wir die überaus ernste Tatsache zu verzeichnen, daß ein Teil der Pastoren in Mißachtung des Bekenntnisses der Gemeinde sich von diesem Presbyterium nicht nur getrennt hat, sondern, wie die letzten Vorgänge zeigen, durchaus bereit ist, sich einer nicht von der Gemeinde berufenen Leitung zu unterstellen.

Wir können hier unmöglich die Einzelheiten darstellen und müssen uns begnügen mit der Feststellung, daß das Presbyterium seit den Tagen im März 1934, wo deutsch-christliche Willkürherrschaft versuchte, es aufzulösen, ununterbrochen bis auf den heutigen Tag tätig geblieben ist, indem es sich gleichzeitig kirchenordnungsmäßig durch Zuwahlen ergänzt hat. Es hat seinen Dienst weiter versehen, während deutsch-christliche Bevollmächtigte, deren Ungesetzmäßigkeit durch Gerichtsurteil nachher festgestellt wurde, in der Gemeinde eine bekenntniswidrige Macht ausübten. Es hat seinen Dienst weiter getan, als an die Stelle dieser „Bevollmächtigten“ — eben-

falls rechtswidrig — ein Finanzkommissar trat, und es tut diesen Dienst weiter, nachdem der Finanzkommissar durch den Gemeindegemeinschaftsausschuß abgelöst worden ist. Es ist um unserer lieben Gemeinde und um ihres Bekenntnisses willen verpflichtet, diesen Dienst zu tun und die Leitung der Gemeinde wahrzunehmen, soweit ihm das irgend möglich ist angesichts der Tatsache, daß „andere Herren“ (Jesaja 26, 13) über Kirchen, Gebäude und Finanzen der Gemeinde verfügen. Infolgedessen kann das Presbyterium alle, die das Bekenntnis unserer nach Gottes Wort reformierten Gemeinde ernst nehmen, nur bitten, sich der Erkenntnis dieser Sachlage nicht zu entziehen.

Daß durch alle diese Vorgänge in unserer lieben Gemeinde ein schwerer Notstand vorhanden ist — wer wollte das leugnen! Aber nicht wir haben ihn herbeigeführt, sondern diejenigen, die eine bekennniswidrige Herrschaft in der Gemeinde seitdem ausgeübt haben, und alle, die ihnen dabei behilflich sind oder nicht widerstehen. Es ist sicherlich ein schwerer Notstand, daß der Teil der Gemeinde, der sich an das Bekenntnis mit allen seinen Folgerungen gebunden weiß, genötigt gewesen ist, für die Verkündigung des Wortes Gottes besondere Predigtstätten einzurichten. Schritt für Schritt hat die zunehmende Verletzung des Bekenntnisses in unserer Gemeinde dahin geführt, daß es so gekommen ist. Wir waren durch das Bekenntnis genötigt, die Beschlüsse der Bekenntnissynoden der Deutschen Evangelischen Kirche und der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union uns zu eigen zu machen und sie auszuführen und mußten uns deshalb nach Weisung dieser Synoden von der Mitarbeit mit allen zurückziehen, die einem bekennniswidrigen Kirchenregiment gehorchen zu können glaubten. Das machte unseren Ältesten es unmöglich, in den Kirchen ihren Dienst zu tun neben den Bevollmächtigten des deutsch-christlichen Regiments und den zu ihnen haltenden oder von ihnen beauftragten Persönlichkeiten. Das machte unseren Pastoren es unmöglich, das Wort da zu verkünden, wo Anhänger dieses falschen Kirchenregiments nicht der Gemeinde dienten, sondern Zwangsgewalt in ihr ausübten. Dabei wird daran erinnert, daß der erste Anstoß zu dem allen dadurch gegeben wurde, daß Pastor Lic. Klugkist Hesse von dem deutsch-christlichen Regiment rechtswidrig seines Amtes entsetzt wurde und dadurch genötigt war, außerhalb der Kirchen das Wort Gottes zu verkündigen.

Wem die Notwendigkeit eines solchen Handelns noch nicht klar ist, der möge bedenken, daß in einer nach Gottes Wort reformierten Gemeinde die Leitung der Gemeinde beim Presbyterium liegt, zu welchem die Diener am Wort als Mitälteste gehören, und daß auch im sonntäglichen Gottesdienst diese Gemeinsamkeit des Dienstes zum Ausdruck kommen muß und in den Jahrhunderten des Bestehens unserer Gemeinde zum Ausdruck gekommen ist. Es ist daher einem reformierten Prediger und Mitältesten nicht möglich, losgelöst von seinem Presbyterium zu predigen oder gar für seinen Dienst Weisungen von einer gemeindefremden Leitung anzunehmen. Es hätten alle Pastoren der Gemeinde vom reformierten Bekenntnis aus so denken müssen, und es erfüllt uns deshalb mit tiefem Schmerz, daß von ihnen ein Teil sich dazu nicht in der Lage gesehen hat, sondern widerspruchslos kirchenfremde Leitung erträgt: Erst die der Bevollmächtigten, dann die des Finanzkommissars und jetzt die eines von gemeindefremder Stelle berufenen Gemeindegemeinschaftsausschusses, und daß das Presbyterium und daß dagegen sein nach dem Bekenntnis notwendiger Dienst an der Gemeinde ihnen nichts bedeutet. Sie haben sich praktisch vom Presbyterium der Gemeinde, an das sie nach ihrer Berufungsurkunde gewiesen sind, getrennt und sind nun aus einer vielleicht erst nur abwartenden in eine ablehnende und, wie die letzten Vorgänge zeigen, geradezu gegnerische Haltung gekommen. So können oder wollen sie das Geschehen in der Gemeinde nicht mehr richtig sehen, und wir müssen besorgen, daß sie auch den

furchtbaren Ernst in der Lage der Gesamtkirche, der sich in der Gemeinde nur im Kleinen widerpiegelt, nicht sehen wollen oder können. Wie sonderbar ihr Denken ist, geht in beweglicher Weise aus dem Anfang des „Gemeindebriefes“ vom 9. Januar hervor, der, wie sein ganzer Inhalt ergibt, zwar vom Gemeindegemeinschaftsausschuß unterzeichnet, aber von jenen Pastoren gebilligt ist. Dort heißt es:

„Wir sind mit den Gemeindegliedern [mit welchen?] der Überzeugung, daß die **eigentliche Quelle alles Übels** in unserer Gemeinde darin zu suchen ist, daß seit November 1934 unverändert das Argernis besteht, daß drei der ordnungsmäßig berufenen Pastoren unserer Gemeinde den Dienst auf den Kanzeln unserer Predigtstätten verweigern.“

Man sollte eine derartige Beurteilung doch nicht für möglich halten! Jeder weiß doch, daß die „**eigentliche Quelle alles Übels in unserer Gemeinde**“ darin zu finden ist, daß die Deutschen Christen in sie eingedrungen waren und mit Hilfe deutsch-christlicher Kirchenbehörden eine bekenntnismidrige Gewalt in ihr auszuüben versuchten, wobei sie nicht davor zurückschreckten, Herrn Pastor Klugkist Hesse seines Amtes zu entsetzen und die Auflösung des Presbyteriums zu betreiben. Darin und in nichts anderem liegt, soweit das äußere Geschehen der Gemeinde in Frage kommt, die eigentliche Quelle alles Übels in der Gemeinde, demnächst aber darin, daß nicht alle Glieder des Presbyteriums, insbesondere nicht alle Pastoren bereit waren, diesen bekenntnismidrigen Angriffen zu widerstehen, sondern es vorzogen, sich damit abzufinden und einem Teil der Ältesten und Pastoren den Kampf allein zu überlassen.

Und so mag denn gesagt werden, worin in Wahrheit für unsere nach Gottes Wort reformierte Gemeinde das Argernis besteht:

1. darin, daß es in unserer nach Gottes Wort reformierten Gemeinde Pastoren und Älteste gibt, die den Zerstörern der Gemeinde keinen Widerstand leisteten und einen Teil der Ältesten und Pastoren den schweren Kampf allein kämpfen ließen;

2. darin, daß jene Ältesten und Pastoren dem Kampf, der seit dem Jahre 1933 in unserer ganzen evangelischen Kirche um des Wortes Gottes und um des Bekenntnisses willen gekämpft wird, insofern teilnahmslos gegenübergestanden haben, daß sie in ihrem praktischen Handeln nichts davon merken ließen, wie sehr dieser Kampf sie und die Gemeinde anging;

3. darin, daß die großen Entscheidungen der Bekenntnissynoden der Deutschen Evangelischen Kirche und der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union ihnen gleichgültig gewesen sind, ja, daß sie von ihnen teilweise bekämpft wurden;

4. darin, daß deshalb die dringende Besorgnis besteht, daß sie den Angriff des Mythos auf das Evangelium in seiner grundsätzlichen Bedeutung bis heute nicht recht würdigen;

5. darin, daß sie jedem gehorchen, der Kirchenleitung für sich in Anspruch nimmt, wenn er nur die Macht hat, sich durchzusetzen, sei es das deutsch-christliche Bischofsregiment, sei es der illegale Präses einer Provinzialsynode, seien es jetzt kirchenfremde Stellen, daß aber die Leitung, die die evangelische Kirche in ihrer Not auf Grund des Wortes Gottes und der Bekenntnisse sich geben mußte, von ihnen abgelehnt worden ist;

6. darin, daß sie nicht mit klarer Entschlossenheit der rechtswidrigen Absetzung ihres Amtsbruders Klugkist Hesse entgegengetreten sind;

7. darin, daß sie es geduldet haben, daß das Reformierte Wochenblatt von einem deutsch-christlichen Schriftleiter dauernd dazu benutzt wurde, deutsch-christliche Propaganda zu machen, die Bekennende Kirche zu bekämpfen und ihre Glieder politisch zu verdächtigen und daß sie es für richtig gehalten haben, zu einem solchen Blatt sogar Beiträge zu liefern;

8. darin, daß sie, als infolge endlicher Abberufung der Bevollmächtigten dem Zusammentritt des Presbyteriums auch nach ihrer Auffassung nichts mehr im Wege stehen konnte, dessen Zusammentritt verhindert haben, indem mit ihrer Zustimmung einer von ihnen, der noch dazu zu Unrecht das Präsesamt in Anspruch nahm, die Berufung des Presbyteriums in unzulässiger Weise von der Vorausserfüllung von Bedingungen abhängig machte, vor allem von der Bedingung, daß Konsistorium und Kirchenausschüsse als Kirchenleitung anerkannt werden müßten, ein Verlangen, das in der Kirchenordnung keine Stütze hatte und dem nur hätte entsprochen werden können, wenn die Erkenntnisse preisgegeben worden wären, die dem bekenntnistreuen Teil der Gemeinde in der Not des Kirchenkampfes geschenkt worden waren;

9. darin, daß als Folge dieses Verhaltens nunmehr in dem Gemeindegemeinschaftsausschuß der Gemeinde wiederum eine gemeindefremde Leitung aufgenötigt ist, die, wie der Gemeindebrief zeigt, nicht daran denkt, dem reformierten Bekenntnis sein Recht zu lassen oder wenigstens die bekenntnismäßige Überzeugung anderer zu achten, wenn man sie selbst nicht teilen kann;

10. darin, daß dieser Gemeindegemeinschaftsausschuß gegen das Predigerseminar der Gemeinde, dessen Anliegen der Gemeinde seit den Tagen der Väter besonders wichtig und ans Herz gewachsen ist, mit gerichtlicher Räumungsklage vorgeht, weil die Leitung des Seminars zur Bekennenden Kirche steht und sich dem Gemeindegemeinschaftsausschuß aus Gründen des Bekenntnisses nicht unterstellen kann und will, und daß damit der Gemeindegemeinschaftsausschuß genau das gleiche tut, was schon vor zwei Jahren die deutsch-christlichen Bevollmächtigten in Gemeinschaft mit Pastor Weinsheimer im Wege der gerichtlichen Klage vergeblich zu erreichen suchten;

11. darin, daß jetzt Pastor Bergfried in diesem Prozeß die Prozeßvollmacht gegen seinen Amtsbruder D. Hesse unterzeichnet hat, und zwar in Gemeinschaft mit Herrn Hoegen, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Gemeindegemeinschaftsausschusses, der schon als deutsch-christlicher Bevollmächtigter vor zwei Jahren die Räumungsklage betrieb;

12. darin, daß der Gemeindegemeinschaftsausschuß den langjährigen Leiter des Seminars, Pastor D. Hesse, von diesem seinem Amte abberufen will, daß er neuerdings Herrn Pastor Graffmann das Amt als Hilfsprediger in der Gemeinde zu entziehen versucht und daß diese Erklärungen des Gemeindegemeinschaftsausschusses von dem vorgenannten Herrn Hoegen unterzeichnet sind;

13. darin, daß die Pastoren Jung, Weinsheimer, Windfuhr und Lic. Sinning in keiner Weise haben erkennen lassen, daß sie diese Maßnahmen gegen das Predigerseminar und seine Leitung mißbilligen;

Der „Gemeindebrief“ wendet sich an die drei Pastoren D. Hesse, Lic. Klugkist Hesse und Lesser. Er übersieht dabei, daß diese Pastoren niemals auf eigene Verantwortung, sondern immer nur im Einvernehmen und auf Beschluß des Presbyteriums gehandelt haben. Infolgedessen wird diese Antwort vom Presbyterium gegeben.

Durch den „Gemeindebrief“ wird zu dem bereits gegebenen Argerniss neues schweres Argerniss hinzugefügt:

1. Es ist richtig, daß bei dem Gespräch der Pastoren, wie dies ja nicht anders sein konnte, die sachliche Verschiedenheit in der Auffassung klar zutage getreten ist. Dazu bedurfte es dieses Gespräches ja nicht. Widerspruch muß aber dagegen erhoben werden, wenn aus diesem fünf Stunden andauernden vertraulichen Gespräch angebliche Äußerungen wiedergegeben werden, die so nicht getan worden sind. Unsere Pastoren sollen gesagt haben: „daß sie allein die rechtmäßige Kirche und Gemeinde Jesu Christi seien und sie dementprechend die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der

bestehenden kirchlichen Behörde, wie Kirchengeschichte und Konsistorium, verweigern müßten". Es glaubt wohl niemand, daß unsere Pastoren imstande wären, eine solche törichte Behauptung aufzustellen, „sie allein“ (!!) seien die rechtmäßige Kirche und Gemeinde Jesu Christi. Wir wollen deshalb zugunsten der Verfasser des „Gemeindebriefes“ annehmen, daß sie hier im Ausdruck danebengegriffen haben, freilich in einer Weise, wie es nicht hätte vorkommen dürfen. In Wirklichkeit haben unsere Pastoren nicht von der Kirche Jesu Christi, deren über die ganze Erde verstraute Glieder allein dem Herrn bekannt sind, gesprochen, sondern haben erklärt, daß die Bekennende Kirche, wie sie in ihren Bekenntnissynoden, Bruderräten und Bekenntnispresbyterien in Erscheinung trete, allein die **rechtmäßige Deutsche Evangelische Kirche im Sinne der Verfassung dieser Kirche vom 11. Juli 1933** sei. Das ist auch nicht eine Privatmeinung unserer Pastoren, sondern die Überzeugung des ganzen Presbyteriums und mit ihm zahlreicher Gemeinden in ganz Deutschland.

2. In der Besprechung wurde den Pastoren D. Hesse, Lic. Klugkist Hesse und Lesser die Frage gestellt, ob sie die Pastoren Jung, Windfuhr, Weinsheimer, Bergfried und Sinning als rechtmäßige Pastoren der Gemeinde anerkannten. Darauf haben sie erklärt, es sei nicht zu bezweifeln, daß diese Pastoren rechtmäßig als Pastoren der Gemeinde berufen seien, daß aber ihr Handeln die bekenntnismäßige Haltung habe vermissen lassen. Es ist ihnen auch bezeugt worden, daß sie Brüder, aber irrende Brüder seien. Über die Art ihrer Wortverkündigung ist überhaupt nicht gesprochen worden; aber man hat ihnen deutlich zu machen versucht, daß ihr Beiseite- stehen im schweren Kampf der Gemeinde und ihre Zusammenarbeit mit unrechtmäßigen kirchlichen Machthabern der Gemeinde Irgernis gebe und sie verwirre. In diesem Zusammenhang sind sie darauf hingewiesen worden, daß sie allerdings in dem der Kirche verordneten Kampf wider den Mythos nicht da gestanden hätten, wo sie hätten stehen müssen. **Wie wenig die also Angeredeten aber bereit sind, eine solche Vorhaltung ernst zu nehmen, geht daraus hervor, daß sie es für richtig halten, von der Bekennenden Kirche in abwertender, ja spöttischer Weise zu sprechen, indem sie in dem Brief von der „sogenannten“ Bekennenden Kirche reden und berichten, man habe ihnen zugemutet, „in den Schoß der alleinseligmachenden bekennenden Kirche zurückzukehren“.** Es ist selbstverständlich, daß ein solcher Ausdruck weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach oder auch nur in der leisesten Andeutung bei der Unterredung gebraucht worden ist. Wohl ist der Wahrheit gemäß bezeugt worden, daß, wer die Bekennende Kirche bekämpft, damit in der Tat einen Kampf gegen den Herrn Christus führe.

3. Nur in solchem Sinne ist von der Berufung unserer Hilfsprediger der Satz gebraucht worden: „Die Gemeinde Jesu mußte zum Selbstschutz schreiten.“ Die Hilfsprediger sind berufen worden, weil in den Bezirken der anderen Pastoren infolge deren Haltung zahlreiche Gemeindeglieder das Vertrauen zu ihnen verloren haben und weil das Presbyterium für diese Gemeindeglieder auf deren vielfach geäußertes Verlangen in Wahrnehmung seiner Verantwortung für die gesamte Gemeinde Sorge tragen mußte. Wir können verstehen, daß das für die anderen Pastoren ein schwerwiegender Eingriff ist. Er wäre nicht nötig gewesen, wenn sie eine dem Bekenntnis entsprechende Haltung gezeigt hätten, wie dies die sechs Pastoren unserer reformierten Schwestergemeinde Barmen-Gemarke ausnahmslos getan haben.

4. Die anderen Pastoren fühlten sich, so wie sie sagen, in ihrer Amtschre beleidigt. Abgesehen davon, daß in dem Gebrauch des Wortes „Amtschre“ eine Auffassung vom Dienst eines reformierten Predigers in seiner Gemeinde zum Ausdruck kommt, die völlig fremd anmutet, kann nur mit Betrübnis festgestellt werden, daß der Tatbestand, in welchem diese Beleidigung gefunden wird, nämlich daß jene Pastoren die Gemeinde schutzlos den Mächten der Irrlehre preisgegeben hätten, ein

rein konstruierter ist. Etwas Derartiges ist nie behauptet worden. Wohl aber sind jenen Pastoren ernste Vorhaltungen wegen ihrer Haltung gemacht worden und mußten ihnen gemacht werden.

5. Wie gemeindefremd diese Pastoren denken, geht daraus hervor, daß sie einem **Beschluß des Kreissynodalvorstandes** nicht entgegengetreten, der ein beschämendes Dokument ist. Dem Kreissynodalvorstand gehören die Pastoren Windfuhr und Weinsheimer als Mitglieder an. Der Beschluß hat 15 Presbytern unserer Gemeinde Verletzung ihrer Pflichten und Bruch ihres Gelübdes vorgeworfen, nämlich den Presbytern: Hugo Bahrmann, Asmund Fleckenstein, Wilhelm Horn, Otto Kaiser, Friedrich Kloeber, Gottlieb Koch, Dr. Mensing, Hermann Niedlich, Walter Rübel, Valentin Rüger, Willi Simon, Inspektor Spörri, Paul Schmitz, Gottlieb Wawrowsky, Hans Wichelhaus. Die Pastoren, die an diesem Beschluß im Verein mit den deutschchristlichen Mitgliedern des Synodalvorstandes mitgewirkt haben — beiläufig ohne die Betroffenen zu hören oder ihnen den Beschluß auch nur bekanntzugeben —, und die anderen Pastoren, die diesen Beschluß dulden, werden das vor Gott verantworten müssen. Die völlige Nichtachtung des Bekenntnisses kommt in diesem Beschluß wohl am erschütterndsten zum Ausdruck; denn selbst wenn jene 15 Presbyter sachlich unrichtig gehandelt hätten, könnte ihnen niemand bestreiten, daß sie um des Bekenntnisses willen so gehandelt haben und daß sie als Presbyter der Bekennenden Gemeinde nach wie vor ihren Dienst mit Hingabe verrichtet haben. Wie hätten sie ihn denn überhaupt tun sollen angesichts des verhinderten Zusammentritts des Presbyteriums, und unter welcher Leitung? Aber hier wird offenbar, auf welchem Irrweg Männer kommen können, die sich von der Gemeinschaft der Bekennenden Kirche geschieden haben.

6. Das Schreiben redet sodann von der **Wiederherstellung der Kanzelgemeinschaft**. Dabei vergißt es aber ganz, daß in einer reformierten Gemeinde nicht die Kanzelgemeinschaft, das heißt das turnusmäßige Predigen in den Kirchen der Gemeinde, sondern die **Presbyteriumsgemeinschaft** wesentlich ist. Es haben sich nicht die Pastoren D. Hesse, Lic. Klugkist Hesse und Lesser von der Kanzelgemeinschaft ausgeschlossen, sondern die anderen Pastoren haben sich von der Presbyteriumsgemeinschaft ausgeschlossen und es mit dem reformierten Bekenntnis für vereinbar gehalten, gemeindefremden Leitungen sich zu unterstellen und der Entmächtigung einer bekenntnisgebundenen Gemeindeführung mit verchränkten Armen zuzusehen. Wir können nur feststellen, daß wir immer wieder die Kirchen für unsere Prediger und Presbyter beansprucht haben. Prediger- und Presbyterdienst lassen sich dabei nicht trennen. Das gerade aber ist immer wieder verwehrt worden und wird noch heute verwehrt. Sind doch der Gemeindekirchenausschuß und die ihn anerkennenden Pastoren der Meinung, daß das reformierte Presbyterium nicht mehr bestehe, woraus sich ja ohne weiteres ergibt, daß seine Presbyter dann ja auch nicht mehr Dienst in den Kirchen tun können. Jedenfalls können unsere Presbyter ihren Dienst nur tun nach Weisung ihres Presbyteriums und nicht nach Weisungen einer fremden Stelle. Sie sind insbesondere nicht in der Lage, bei der Sammlung solcher Kollekten mitzuwirken, deren Ertrag dazu dient, Maßnahmen bekenntnisfremder Machthaber in der Kirche zu stützen. Sie sind auch nicht in der Lage, den Dienst zu tun mit Pastoren, die das Bekenntnispresbyterium nicht anerkennen.

Zur Beseitigung dieses Notstandes ist unermülich von uns der Vorschlag gemacht worden, die Kirchen zu teilen. Dieser Vorschlag ist aber beharrlich abgelehnt worden. Durch seine Annahme würde nicht, wie man jetzt behauptet, der Kirchenkampf in die Kirchen verlegt werden, sondern wir hätten ganz friedliche Gottesdienste in den Kirchen, nur mit dem Unterschied, daß in den einen reformierte Prediger zusammen mit ihren Presbytern in die Erscheinung treten würden, wie es in den hundertern von Jahren des Bestehens unserer Gemeinde immer gewesen

ist, und daß in den anderen diese vom Bekenntnis der Gemeinde geforderte Ordnung fehlt! Das sollte man ernstlich nicht bestreiten können, aber aus der ursprünglichen Ablehnung der Bekennenden Kirche ist eine solche **Segnerschaft** geworden, daß man dies Nebeneinander bis jetzt nicht will.

Es ist unsererseits nie behauptet worden, daß nur in der Bekennenden Gemeinde Gemeinde Jesu Christi sei. Auch wir wissen, daß Kirche Christi da ist, wo das Wort Gottes lauter und rein verkündigt wird und die Sakramente nach der Einsetzung des Herrn verwaltet werden. Wir wissen aber auch, daß für eine reformierte Gemeinde nach dem reformierten Bekenntnis damit zugleich gesagt ist, daß die Gemeinde nach dem Wort Gottes **geordnet** sein muß, so wie es die reformierten Bekenntnisschriften einhellig zum Ausdruck bringen. Diese Ordnung nach dem Befehl Christi, von der etwa der Heidelberger Katechismus in Frage 85 spricht, ist uns nichts Nebensächliches, und wenn je zu dem Zeugnis des Wortes Gottes die Erfahrung hinzukommen müßte, so haben uns die Erfahrungen des Kirchenkampfes gelehrt, daß unsere Väter die Heilige Schrift richtig verstanden haben, wenn sie der christlichen Gemeinde die brüderliche Leitung der von der Gemeinde selbst bestellten Ältesten, zu denen auch die Pastoren gehören, gegeben haben. Das dürfen wir nach dem reformierten Bekenntnis niemals preisgeben.

7. In dem „Gemeindebrief“ wird der Gemeinde eröffnet, daß die „jetzige Leitung der Gemeinde“ in Wahrung des Erbes der Väter nach Kenntnissnahme von dem Gespräch der Pastoren beschlossen habe, die Kirchen für die Konfirmationen der Pastoren D. Hesse, Lic. Klugkist Hesse und Lesser nur dann zur Verfügung zu stellen, wenn diese zuvor **vorbehaltlos** in die volle Predigtgemeinschaft in der Gesamtgemeinde mit den anderen Pastoren im Rahmen der geltenden Ordnung der Gemeinde zurückkehrten. Dieser offenbar von den übrigen Pastoren gebilligte Bescheid beweist abermals, daß zur Zeit ein Miteinander nicht möglich ist, denn gerade in diesem Bescheid kommt wieder eine **bekennniswidrige Haltung zum Ausdruck**: Statt daß man nur den leisesten Versuch macht, die von unserem Presbyterium vom Bekenntnis her geltendgemachten Gründe gegen eine gemeindefremde Leitung, welche sie auch immer sein möge, zu würdigen oder zu widerlegen, wird darüber einfach hinweggegangen, als ob es nichts wäre. Liegt nicht auf der Hand, daß der Gemeindegemeinschaft, dessen Mitglieder ja persönlich die Zugehörigkeit zum reformierten Bekenntnis für sich in Anspruch nehmen, zum mindesten die **bekennnismäßige Überzeugung anderer Gemeindeglieder achten** müßte, um so mehr, wo er nichts unternimmt, um sie zu widerlegen. Heißt es nicht wider die Heilige Schrift handeln, wenn man Gliedern unserer Gemeinde zumutet, das preiszugeben, woran sie sich nach dem Bekenntnis gebunden erachten? Bedenkt man nicht, daß, wenn ich einem Bruder zumute, wider seine Erkenntnis zu handeln, ich ihn damit zur Sünde verführe! Denn die Schrift sagt: „Was nicht aus dem Glauben kommt, ist Sünde“ (Römer 14, 23). **Vorbehaltlos, d. h. unter Abstandnahme von allen bekennnismäßigen Bedenken** sollen unsere Pastoren in die Predigtgemeinschaft zurückkehren und sollen damit das Presbyterium, an das sie sich bekennnismäßig gebunden wissen, preisgeben. **Vorbehaltlos!**

Wenn je der Gemeindegemeinschaft bewiesen hat, daß er als eine von kirchenfremder Seite eingesetzte Stelle auch nicht kirchlich handeln kann, so beweist er es durch diese das christliche, an Schrift und Bekenntnis gebundene Gewissen nichtachtende Zumutung. Wollte er nach der Schrift handeln, so müßte er, selbst, wenn er für seine Person von den bekennnismäßigen Bedenken nicht überzeugt wäre, sie dennoch wenigstens achten und dürfte nicht den Versuch machen, die andere Seite durch Druck — denn ein solcher wird nunmehr eingesetzt —, zu veranlassen, davon Abstand zu nehmen. Aber solches Verhalten können wir nur vor Gott dem Herrn Klage erheben, und es ihm anheimstellen, der recht richtet.

Völlig zu Unrecht beruft sich der Gemeindegemeinschaftsausschuß dabei auf die Wahrung des Erbes der Väter, das heißt auf die Geschichte der Gemeinde. Wenn der Gemeindegemeinschaftsausschuß die Geschichte der Gemeinde kannte, würde er wissen, daß die Väter der Gemeinde allezeit genau so den Kampf gegen kirchenfremde Leitung geführt haben, und daß es in der Geschichte unserer Gemeinde noch nie vorgekommen ist, daß ein Presbyterium entmündigt wurde.

Die Pastoren werden aufgefordert, in den Rahmen der geltenden Ordnung der Gemeinde zurückzukehren. Ja, dazu sind wir, Presbyter und Pastoren, jederzeit bereit, wenn es wirklich die Ordnung unserer nach Gottes Wort reformierten Gemeinde ist. Wir kehren aber nicht zurück zu irgendeiner beliebigen Ordnung, sondern nur zu der Ordnung, die uns durch das Wort Gottes und unser reformiertes Bekenntnis geboten ist, und die wir nach bestem Vermögen zu bewahren uns Mühe geben. Wir rufen die anderen dazu auf, in diese Ordnung, insbesondere die Gemeinschaft des Presbyteriums, zurückzukehren!

Das Verlangen nach vorbehaltlosem Gehorham und die Trennung von Ordnung und Bekenntnis haben wir immer dem deutschchristlichen Kirchenregiment vorwerfen müssen. Jetzt sehen wir, daß ein Gemeindegemeinschaftsausschuß nicht anders handelt als diese ehemaligen Machthaber. Insbesondere hat er das bewiesen, indem er durch Erhebung einer Räumungsklage gegen das Predigerseminar das gleiche getan hat, wie vor zwei Jahren die deutschchristlichen Machthaber. Diese Räumungsklage hat er bis jetzt nicht zurückgenommen. Der mit der Räumungsklage mitbelangte Pastor D. Hesse soll aber „vorbehaltlos“ zurückkehren, um nur dies hervorzuheben, in die Predigtgemeinschaft mit Pastor Bergfried, der die Prozeßvollmacht für die Räumungsklage mit unterschrieben hat! Und dabei behauptet man, die Verhältnisse in der Gemeinde seien jetzt so ganz anders geworden!

Was sollen wir endlich dazu sagen, daß am Schluß des „Gemeindegemeinschaftsbriefes“ die Eltern der von den Pastoren D. Hesse, Lic. Klugkist Hesse und Lesser unterrichteten Konfirmanden unverhüllt aufgefordert werden, ihre Kinder diesen Pastoren zu entziehen und sie von anderen Pastoren konfirmieren zu lassen? Wir schämen uns, daß eine solche Aufforderung in unserer lieben Gemeinde möglich gewesen ist, können aber auch darin nur eine Auswirkung davon sehen, daß man sich auf jener Seite, entgegen allem Gebot des Herrn der Kirche, auf den Machtsstandpunkt stellt. Wer so vom Worte weicht, bringt sich in Gefahr, mit jedem Schritt noch mehr zu weichen. Aber auch die klaren Bestimmungen der Kirchenordnung werden dabei nicht beachtet, denn nach der Kirchenordnung haben die Gemeindeglieder ein Recht auf Benutzung der kirchlichen Einrichtungen und können daher verlangen, daß ihre von den Gemeindepastoren unterrichteten Kinder in den Kirchen konfirmiert werden. Aber es ist immer dieselbe Haltung: So wie man die Einberufung des Presbyteriums von unzulässigen Bedingungen abhängig gemacht hat, so geschieht es jetzt mit der Einräumung der Kirchen für die Konfirmationen, indem man dabei den Gemeindegliedern sagt, die drei Pastoren widerstreben der geltenden Ordnung, während in Wahrheit gerade umgekehrt diese drei Pastoren und die Presbyter vom Bekenntnis her ihren Kampf um die geltende Ordnung der Gemeinde, nämlich um ihre Leitung durch das Presbyterium kämpfen.

Diesen Versuch, die Konfirmanden den Pastoren, die sie bisher unterrichtet haben, zu entzuziehen, wird der Gemeindegemeinschaftsausschuß vor Gott zu verantworten haben. Das Presbyterium aber bittet die Eltern, sich durch derartige Versuche nicht irremachen zu lassen, und versichert ihnen, daß ihre Kinder von den Pastoren D. Hesse, Lic. Klugkist Hesse und Lesser kirchlich gültig konfirmiert werden, auch wenn es nicht gelingen sollte, die Kirchen für die Konfirmationen zu erhalten. Das Presbyterium bittet die Eltern zu bedenken, daß, sowie die Verkündigung des Wortes Gottes auch die Konfirmation nicht an einen bestimmten Raum gebunden ist, wenn

sie nur innerhalb der Bekennenden Gemeinde erfolgt, wobei es an der Würde der Feier sicherlich nicht fehlen soll und wird. Der ganze traurige Vorgang zeigt aber mit besonderer Deutlichkeit, daß wir weniger denn je die Freiheit haben, die bekenntnisgebundene Ordnung unserer Gemeinde preiszugeben. Wenn Gott Gnade gibt, kann dieses traurige Geschehen dazu dienen, daß die Bekennende Gemeinde sich noch fester unter der alleinigen Geltung des Wortes zusammenschließt und daß auch solche, die ihr bisher ferngestanden haben, den Weg zu ihr finden, und daß dann unsere liebe alte Gemeinde eine in Wahrheit nach Gottes Wort geordnete sei.

Wir haben lange geschwiegen, aber angesichts dieses Angriffs auf unsere Pastoren können wir nicht länger schweigen. Es liegt uns nichts ferner als Gegensätze zu verschärfen. Niemand würde sich mehr freuen als wir, wenn es Gott dem Herren gefallen wollte, das Herz derer zu lenken, die jetzt wider uns sind, und wenn wir dann mit einem Munde Gott loben könnten. Wir haben hier alles geschrieben in ernster Prüfung vor Gott und konnten es nur wagen im Vertrauen auf die Vergebung aller Sünden.

Darum beugen wir uns vor dem lebendigen Gott und fragen, ob der Grund für die Erschütterung unserer Gemeinde, die ja nur zu verstehen ist im Rahmen der Erschütterung der gesamten Kirche, nicht noch tiefer gesucht werden muß und viel umfassender ist, als die bisherigen Darlegungen und der „Gemeindebrief“ des Gemeindegemeindeforschusses es deutlich gemacht haben. Wir müssen das bejahen und fügen deshalb noch grundsätzlichere Erwägungen an:

I. Wo ist „die eigentliche Quelle alles Übels in unserer Gemeinde“ zu suchen?

Wir haben früher immer gerne von der „evangelischen“ Kirche gesprochen, in der das Evangelium von dem Herrn Jesus gelten solle. Wir haben uns selbst gerne „nach Gottes Wort reformiert“ genannt. Wir stellten uns D. Martin Luther mit der Bibel in der Hand vor und sangen mit ihm: „Das Wort sie sollen lassen stahn — ein Wörtlein kann ihn fällen!“ Unsere Pastoren haben sich nach ihrer damaligen Einsicht bemüht, Gottes Wort zu predigen, und wir haben nichts dagegen einzuwenden gewußt. Wir haben es damals alle nicht gemerkt, wie weit in der evangelischen Kirche neben dem Worte Gottes menschliche Gedanken zur Geltung gekommen waren. Wir lauschten neben der Schrift auf das, was wir in unserem eigenen, von Gott geschaffenen Herzen als Gottes Stimme zu hören meinten, und freuten uns dann, wenn solche menschliche Herzensstimme durch das Bibelwort bestätigt oder auch berichtigt wurde. — Wir haben damals gerne die „Fußspuren des lebendigen Gottes“ in unserem persönlichen Leben oder im Leben unseres deutschen Volkes und der ganzen Völkerwelt unabhängig vom Schriftwort und neben ihm sehen zu können geglaubt, auch wenn das alles nachher wieder zuletzt nach der Bibel beurteilt werden sollte. — Wir haben die Schöpfung Gottes mit ihren Schöpfungsordnungen vor Augen gehabt und meinten, daraus für unsere Gotteserkenntnis auf direktem Wege mancherlei ablesen zu können, auch wenn es dann erst durch das Schriftwort die rechte Klärung und Festigung finden sollte.

In solcher Gesamthaltung einer „christlichen Persönlichkeit“ nannten wir uns wohl gerne „positiv“ im Gegensatz zu den „Liberalen“. Wir steckten aber als Positive und Liberale miteinander in einem Wahn, aus dem uns nur Gottes Gnade befreien konnte und befreien kann. Wir waren alle als Theologen und Nichttheologen irgendwie in den „die evangelische Kirche verwüstenden Irrtum“ hineingeraten, von dem die erste Freie Reformierte Synode in Barmen gesprochen hat. Wir waren alle „irrende Brüder“. Wir haben schon deshalb nicht den geringsten Grund, auf die, die noch heute in solcher Irre gehen, einen Stein zu werfen. Wir

wollen vielmehr nur hoffen und darum bitten, daß auch ihnen die Augen geöffnet werden und daß sie mit uns je länger je mehr von dem Wahn loskommen, der die ganze evangelische Christenheit zu verderben drohte und aus dem nur Gottes heiliger Geist ein Erwachen gibt.

Durch Gottes unbegreifliche Barmherzigkeit ist während der Nachkriegszeit in unserem blutenden und verachteten Deutschland zunächst für kleinere Kreise eine Neubefinnung auf das allein gültige ewige Gotteswort geschenkt worden, das in Christus Jesus Fleisch geworden ist und das uns in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments allein bezeugt wird, so wie es die Reformatoren nach der Zeit des römischen Irrwahns unter Ablehnung aller christlichen Tradition neu erkannten. Als dann „in den kirchlichen Ereignissen des Jahres 1933 der die evangelische Kirche seit Jahrhunderten verwüsthende Irrtum reif und sichtbar“ geworden war, hat es dem Herrn gefallen, die neue Befinnung auf die alleinige Offenbarung in Jesus Christus in der Deutschen Evangelischen Kirche auf den Bekenntnissynoden in die Erscheinung treten zu lassen. Demgegenüber hat die Berufung und Begründung der Deutschen Christen auf die gottgewollte deutsche Art nach Blut und Boden, Rasse und Volkstum jenen alten Irrwahn von einer anderen Gottesoffenbarung zu behaupten gesucht. Das ist der Gegensatz, unter dem die ganze Deutsche Evangelische Kirche und nicht zuletzt unsere evangelisch-reformierte Gemeinde Elberfeld leidet.

Im Winter 1932/33 haben wir uns als Wuppertaler Pastoren und Älteste klar und deutlich gegen die Irrlehre der Deutschen Christen von einem artgemäßen Christentum und einer heidnischen Frömmigkeit einmütig gewandt. Daß wir nicht auf dieser Bahn miteinander geblieben sind, daß sich vielmehr bis heute unsere Lehre oder unser kirchliches Verhalten bei dieser großen kirchlichen Auseinandersetzung von heute scheiden, das ist das eigentliche Übel, unter dem unsere Gemeinde mit vielen anderen Gemeinden leidet.

II. Wo ist nach der Heiligen Schrift und nach dem Heidelberger Katechismus die Gemeinde Gottes?

Es ist nicht wahr, daß unsere Pastoren von dem „Schoß der alleinseligmachenden bekennenden Kirche“ gesprochen hätten. Wohl haben sie erklärt: „Die Bekennende Kirche ist die rechtmäßige Deutsche Evangelische Kirche.“ Die Bekennende Kirche hat durch die Reichssynoden von Barmen, Dahlem und Deynhausen, auf denen sie in die Erscheinung trat, den grundlegenden Artikel 1 der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche für Lehre und Ordnung der Kirche ganz ernst genommen. Eben damit ist die Bekennende Kirche die legitime oder rechtmäßige Deutsche Evangelische Kirche. Ihre Gegner aber, mögen sie nun selber Deutsche Christen sein oder mit ihnen zusammengehen, widersprechen grundsätzlich oder praktisch dem grundlegenden Artikel 1 der Kirchenverfassung, und darum behaupten sie ihren Platz in der Deutschen Evangelischen Kirche unrechtmäßig, illegitim, auch wenn sie nach allen unerhörten Rechtsbrüchen deutschchristlicher Gewaltthaber wieder einen Schein von Legalität zu erhaschen suchen.

In der Zeit vor unserer Neubefinnung auf Schrift und Bekenntnis haben wir es uns nur allzuleicht gemacht mit der Unterscheidung einer „sichtbaren“ und der „unsichtbaren“ Kirche. Das ist uns heute nicht mehr möglich. Der Apostel Paulus nennt die sichtbare Gemeinde in Korinth mit all ihren Fehlern und Flecken und mit samt ihren irrenden Brüdern „die Gemeinde Gottes in Korinth“ (1. Korinther 1, 2; 2. Korinther 1, 1). Im gleichen Sinne mahnt uns der Heidelberger, sonderlich am Feiertage „zur Gemeinde Gottes fleißig zu kommen“. Damit meint er die unter dem Worte Gottes versammelte sichtbare Gemeinde, und zwar auch mit den sündigenden Brüdern, von denen Frage 85 geredet hat. Es hat Gott gefallen, seine Gemeinde

der Berufenen und Getauften in solcher Knechtsgestalt mitten in dieser armen Welt leben zu lassen. Erst für die Wiederkunft des Herrn Christus behält er es seiner richterlichen Majestät vor, Weizen und Scheinweizen voneinander zu trennen (Matthäus 13, 24 ff.). Erst dann wird die Gemeinde Jesu als der Leib **offenbar**, dessen Haupt der Herr Christus ist und dessen Glieder nicht bloß zu den Berufenen, sondern auch zu den Auserwählten gehören (Matthäus 20, 16; Kolosser 3, 3. 4).

Die Gemeinde Gottes, die Kirche Jesu Christi, mit der wir es seit unserer Taufe und unserer Unterweisung nach dem Evangelium zu tun haben, ist eine der evangelischen Landeskirchen in Deutschland, die seit der Verfassung von 1933 als **Deutsche Evangelische Kirche** zusammengehören. Wir haben die **Knechtsgestalt** dieser Kirche deutlich genug vor Augen. Wir sehen mit Schrecken, wie der Scheinweizen verbreitet ist und wie man weithin wohl zu der Frage kommen kann, wo denn noch Weizen wachse. Wir wissen um unsere eigene Sünde und Schuld, die uns als Gliedern der Kirche anhaftet. Und doch ist diese Deutsche Evangelische Kirche die „**Ruffchaft Jesu Christi**“, zu der wir uns dankbar zählen, zumal gerade in ihrer Mitte uns die Neubefinnung auf Schrift und Bekenntnis durch Gottes Gnade geschenkt worden ist. Zugleich sehen wir solche Ruffchaft unseres Herrn, solche Gemeinde Gottes, solche Kirche Jesu Christi wieder in allerlei Knechtsgestalt auch weit über die Grenzen der Deutschen Evangelischen Kirche hinaus, und zwar sowohl in Deutschland wie in der weiten außerdeutschen Welt. **Wo jemand seine kirchliche Zugehörigkeit durch die Verkündigung des Evangeliums und den Gebrauch der Sakramente erhalten hat, dort ist für ihn die Gemeinde Gottes, die Kirche oder Ruffchaft Jesu Christi, der er durch die Taufe als das Bundeszeichen einverleibt ist** (Frage 74 des Heidelberger Katechismus). Wir reden aber miteinander nicht als Glieder einer deutschen „Freikirche“ oder einer außerdeutschen Kirche, sondern eben als Glieder der Deutschen Evangelischen Kirche. Daß sie nur da rechtmäßig oder legitim gemäß der Heiligen Schrift und dem Bekenntnis vorhanden ist, wo man mit der Bekennenden Kirche nach ihrer rechten Lehre und Ordnung fragt, eben das ist mit obigem Grundsatze zum Ausdruck gebracht.

Im einzelnen ist in der Bekennenden Kirche als der rechtmäßigen Deutschen Evangelischen Kirche die **Frage nach der rechten Lehre und die Frage nach der rechten Ordnung** brennend geworden. Solche rechte Lehre der Kirche ist nicht „bloß“ eine Sache der „sichtbaren“ Kirche mit ihren menschlichen Lehrsätzen und Dogmen, der dann das lautere Evangelium als das Wort der „unsichtbaren“ Kirche gegenüberstehe. Die rechte Lehre ist vielmehr eben dies **Evangelium**, das der Kirche Christi auf Erden anvertraut ist, das in der Reformation neu verstanden wurde und um dessen rechtes Verständnis sich die Deutsche Evangelische Kirche der Gegenwart wirklich bemühen soll, um eben recht zu lehren. — Ebenso ist die rechte Ordnung der Kirche nicht wieder „bloß“ eine Sache der „sichtbaren“ Kirche mit ihrer menschlichen Gestalt und Rechtsform, die etwa auch rein weltlich begründet sein könnte und der dann die ewige göttliche Ordnung der „unsichtbaren“ gegenüberstehe. Die rechte Ordnung ist vielmehr der **Wille des Herrn Christus** selber für seine Gemeinde auf Erden, wie er sie in der apostolischen Christenheit gestaltete, wie sie darnach in der Reformation erneuert wurde und wie wir heute es wieder verstehen lernen, daß der gen Himmel gefahrene Christus sich erzeige als das Haupt seiner christlichen Kirche, durch welches der Vater alles regiert (Frage 50 des Heidelberger Katechismus).

Es könnte freilich sein, daß die **Bekennende Kirche** irrt und daß die von ihr anerkannte Lehre oder die von ihr eingeführte Ordnung der Heiligen Schrift und den reformatorischen Bekenntnissen widersprechen. Wer das an irgendeinem Punkte behauptet, der muß es mit klaren **Gründen der Heiligen Schrift** erweisen, daß er uns als irrende Brüder anzusehen hat. Solange das nicht geschieht, müssen wir umgekehrt den Gegnern der Bekennenden Kirche sagen, daß sie sich der Bezeugung der

biblischen und reformatorischen Wahrheit auf den Synoden von Barmen und Dahlem sowie Deynhausen nur unter Ablehnung des Herrn Christus selber widersetzen, unter dessen alleinige Autorität wir uns stellen wollen. Nur insofern würde dann ein Satz wie der gelten, daß, wer sich der Bekennenden Kirche widersetzt, damit der Gemeinde Jesu entgegengetreten würde.

III. Was heißt lautere und reine Verkündigung des Wortes Gottes und was heißt Verwaltung der Sakramente nach der Einsetzung des Herrn?

„Lautere und reine Verkündigung des Wortes Gottes“, von der der „Gemeindebrief“ schreibt, ist nur da, wo „das heilige Evangelium“ „verkündigt und öffentlich bezeugt wird“ (Frage 84). Das geschieht aber nur, wenn zugleich „unchristliche Lehre“ oder „Irrtümer“ aufgedeckt werden, die in der Gemeinde „unter dem christlichen Namen“ Platz greifen (Frage 85), oder wenn es deutlich wird, daß Gemeindeglieder sich „mit ihrem Bekenntnis . . . als Ungläubige und Gottlose erzeigen“ (Frage 82). Deshalb kann von einer lauteren und reinen Verkündigung des Wortes Gottes heute nicht die Rede sein, wo nicht ganz klar wird, wie es im heutigen Ringen der Kirche um den **Gegensatz zwischen Gottes Wort und Menschenwort, zwischen Wahrheit und Lüge, zwischen Christus und Antichristus** geht. Rechte Verkündigung geschieht heute nur dort, wo wirklich Front gemacht wird gegen jenen alten bösen Wahn einer christusfremden Offenbarung, wie er in den Leitfäden der Deutschen Christen als kirchenzerstörende Irrlehre hervorgetreten ist. Sie geschieht heute nur dort, wo man auch das geringste Liebäugeln mit einer artgemäßen Religiösität, wo man auch den leiseften Kompromiß mit der neuen und doch im Grunde uralten Religion des modernen Mythos als einen Verrat an dem gekreuzigten und auferstandenen Christus ablehnt. Rechte Verkündigung steht unter dem Majestätswort des Herrn: „Ich will meine Ehre keinem anderen geben, noch meinen Ruhm den Götzen!“ Darum genügt es nicht, daß man in seiner Verkündigung eine biblische und bekenntnismäßige Sprache führt. Ob das biblische Wahrheit und reformatorische Erkenntnis ist, das wird sich für das Urteil der glaubenden Gemeinde daran bewähren müssen, daß der Prediger vor alle dem warnt, was die Gemeinde Jesu heute als Lüge und Irrwahn bedroht und daß er so den Wächterdienst versteht, zu dem er bestellt ist.

Zu der „öffentlichen Bezeugung“ des Evangeliums darf aber das **entsprechende öffentliche Handeln** des Predigers nicht in Widerspruch treten. Darum steht es in unvereinbarem Gegensatz, wenn Pastoren unserer Gemeinde sagen, sie verkündigten schrift- und bekenntnismäßig, wenn aber ihr Handeln einen Gehorsam gegen christusfremde Gewalt bedeutet. Mit diesem Gegensatz ist im Herbst 1934 der Riß in unserer Gemeinde aufgebrochen. Während das Bekenntnispresbyterium mit seinen Pastoren der auf Schrift und Bekenntnis gegründeten Weisung der Dahlemer Synode folgte und sich von der Zusammenarbeit mit denen zurückzog, die dem falschen deutschchristlichen Kirchenregiment weiterhin gehorsam sein wollten, unterstellten sich die anderen Pastoren einem illegalen Konsistorium in Düsseldorf und den hiesigen deutschen Pastoren einem „Bevollmächtigten“. Heute ist das nicht anders. Während das rechtmäßige Presbyterium unserer Gemeinde mit seinen Pastoren nach Schrift und Bekenntnis den Satz von der Deynhäuser Synode bejaht, daß die Kirchenleitung Amt der Kirche ist und nur von ihr berufen und gesetzt werden kann, unterstellen sich die anderen Pastoren den vom Staat eingesetzten Kirchausschüssen als der Leitung unserer nach Gottes Wort reformierten Gemeinde. „Vorbehaltlose Rückkehr in die Predigtgemeinschaft“, die jetzt von unseren Pastoren verlangt wird, würde von ihnen die gleiche Unterstellung unter eine kirchenfremde Leitung unserer Gemeinde fordern, würde ihrer Berufung an eine nach Gottes Wort reformierte Gemeinde

widersprechen und würde eine Preisgabe der reinen und lauterer Verkündigung des Evangeliums durch sie sein.

Nicht anders steht es mit der **Verwaltung der Sakramente nach der Einsetzung des Herrn**. Wir sind dankbar dafür, daß die Bekennende Kirche auf das Amt der Schlüssel neu aufmerksam geworden ist, von dem unser Heidelberger Katechismus in den Fragen 81—85 spricht, und daß wir dadurch neu auf den entsprechenden Befehl Christi auch von dem achten, was der Heidelberger als „die christliche Bußzucht“ bezeichnet. Wir stehen hier vor der „Ordnung Christi und seiner Apostel“ (Frage 81), die wir mit den Reformatoren als für eine nach Gottes Wort reformierte Gemeinde notwendig bekennen. Darum haben wir auch zu der christlichen Bußzucht die Männer, die „von der Kirche dazu eingesetzt sind“ (Frage 85), nach Schrift und Bekenntnis nötig. Dies Presbyterium soll die Gemeindeglieder in Zucht nehmen, die unter christlichem Namen unchristliche Lehre oder Wandel führen, sie vermahnen und, wenn es nötig ist, „durch Verbitung der Sakramente“ aus der christlichen Kirche ausschließen. Wer den Dienst eines Presbyteriums für unentbehrlich erachtet, wer als Prediger und Mitältester dem Presbyterium nicht Folge leistet, wenn es sein Gelübde erfüllt, und wer gar bekenntnistreue Mitglieder solches Presbyteriums abzusetzen versucht, der tastet die Ordnung der Gemeinde und damit auch die Verwaltung der Sakramente nach der Einsetzung des Herrn praktisch an.

In unserer **verwirrten Gemeinde** stehen wir vor der schmerzlichen Tatsache, daß eine Reihe unserer Pastoren das Wort Gottes rein und lauter verkündigen wollen und daß sie ebenso die Sakramente recht verwalten wollen, daß aber beides durch ihr praktisches Handeln in einen **inneren Widerspruch** gestellt wird, zu dem wir von Schrift und Bekenntnis her um der Wahrheit und Ehre des Herrn willen nicht schweigen dürfen.

IV. Was heißt „irrende Brüder“?

Wir nehmen beide Worte ernst, sowohl das Wort „irren“ wie das Wort „Brüder“.

Daß unsere Brüder irren, das haben wir nur zu deutlich vor Augen, weil wir uns selbst auf diesem Irrweg befunden haben und weil wir darum wissen, daß nur ein Wunder Gottes die Augen für die Verkehrtheit des Irrwegs öffnen kann. Nur durch solch Wunder wird es auch zu einem echten Anschluß an die Bekennende Kirche als die rechtmäßige Deutsche Evangelische Kirche kommen können. Wer sich der Bekennenden Kirche anschließen will, etwa wie es früher wohl geschah „aus Unstand“ gegenüber einem geradezu unanständig gewordenen Gebaren auf der anderen Seite, oder „aus Rechtsgefühl“ gegenüber schreiendem Unrecht drüben, oder gar „aus Reaktion“ gegenüber einer unbequem dünkenden neuen Zeit, der versteht noch nicht, worum es im Kampf der Bekennenden Kirche geht. Er wird es nur dann verstehen, wenn ihm deutlich wird, daß die **Frage nach der Wahrheit** neu gestellt ist, daß **letzte Entscheidungen** getroffen werden müssen. Das vermag aber keine menschliche Überredung zu bewirken. Das geschieht nur durch das souveräne Handeln des dreieinigen Gottes, der vom Irrtum in die Wahrheit leitet.

Aber es sind **Brüder**, die wir drüben irren sehen. Schon als Getaufte gehören sie mit uns in den Bund Gottes und seine Gemeinde. Insbesondere haben wir mit ihnen als rechtmäßig berufenen Predigern des Evangeliums an unserer Gemeinde lange Zeit hindurch zusammen gedient und Freud und Leid mit ihnen getragen. Wir sind mit ihnen in der Zeit der alten Kirche auf gleichen Irrwegen gegangen. Wir möchten heute ihnen gegenüber im Blick auf alle persönlichen Differenzen, die unser Verhältnis zu ihnen getrübt haben, unter der 5. Bitte stehen: „Vergib uns unsere Schulden, wie wir vergeben unsern Schuldigern.“ Wir sind ihnen als unseren

Brüdern das Eine schuldig: ihnen die froh und frei machende Wahrheit von der alleinigen Geltung des Wortes Gottes in seiner Gemeinde zu bezeugen. Wir wollen endlich nicht aufhören, ihrer fürbittend zu gedenken und es immer neu zum Ausdruck zu bringen, daß wir auf ein neues Miteinanderarbeiten hoffen, damit wir als zurechtgebrachte Brüder wieder in gemeinsamem Dienst an der Gemeinde verbunden werden.

**Das Presbyterium
der evangelisch-reformierten Gemeinde
Elberfeld.**